

Wahlprüfsteine

des Lesben- und Schwulenverbandes (LSVD) Niedersachsen-Bremen zur Wahl des 19. Niedersächsischen Landtages am 09. Oktober 2022

Präambel

Demokratie ist für die Selbstbestimmungsrechte queerer Menschen kein Selbstläufer. Vieles musste hart erkämpft, vieles muss noch verbessert werden. Selbstbestimmung ist zentrale Voraussetzung für ein Leben in Freiheit und Würde. Selbstbestimmung ist nicht denkbar ohne Demokratie, ohne Rechtsstaat, ohne Meinungsfreiheit, aber auch nicht ohne wirksamen Schutz vor Hass und Hetze. Politik muss allen Menschen garantieren können, zu jeder Zeit, an jedem Ort und ohne Angst vor Anfeindung verschieden sein zu können, sei es in der Schule, im Sportverein, im Pflegeheim, im öffentlichen Raum oder am Arbeitsplatz. Verachtung und Feindlichkeit gegenüber Lesben, Schwulen, Bisexuellen, trans* und intergeschlechtlichen und queeren Menschen (LSBTIQ*) sind kein hinzunehmendes Übel, sondern Ausdruck antidemokratischen Denkens.

Im Vorfeld der kommenden Landtagswahl am 09. Oktober 2022 verschickt der LSVD Niedersachsen-Bremen Wahlprüfsteine an die demokratischen Parteien in Niedersachsen. Zu insgesamt sieben Themengebieten sind die Parteien gebeten, sich zu positionieren und Farbe zu bekennen. Der LSVD wird die Antworten auswerten und in einer entsprechenden Tabelle eine Bewertung vornehmen.

1. Niedersachsen tritt für die Akzeptanz von LSBTIQ* ein

Der Schutz vor Diskriminierung im Rahmen öffentlichen Handelns und die Förderung von Vielfalt und Respekt sollten oberstes Ziel der Landesregierung sein. Mit der „Vielfaltskampagne“ hat Niedersachsen in den vergangenen Jahren einen wichtigen Schritt zur Akzeptanz von LSBTIQ* beigetragen. Weitere Maßnahmen müssen die Ergänzung von Art. 3 der Landesverfassung sowie ein Landesaktionsplan zur Akzeptanz sexueller und geschlechtlicher Vielfalt sein. Zur Erstellung des Plans braucht es einen zivilgesellschaftlichen Beteiligungsprozess auf Augenhöhe und verbindliche Maßnahmen.

- 1.1 Wollen Sie sich dafür einsetzen, dass ein Aktionsplan zur Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt in Niedersachsen mit verbindlichen Maßnahmen auf den Weg gebracht wird und die LSBTIQ*-Community an seiner Erstellung auf Augenhöhe beteiligt wird?
- 1.2 Werden Sie sich dafür stark machen, dass die existierenden Beratungs- und Unterstützungsangebote für LSBTIQ* in Niedersachsen abgesichert und fachspezifische Angebote für trans*, intergeschlechtliche und nicht-binäre Menschen aufgebaut werden?

- 1.3 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass die Niedersächsische Landesverfassung in Artikel 3 Absatz 3 LSBTIQ*-inklusiv ausgestaltet wird? Wollen Sie sich außerdem auch im Bundesrat für eine Ergänzung von Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes einsetzen?
- 1.4 Werden Sie sich auf Bundesebene für die Ersetzung des demütigenden Transsexuellengesetzes durch ein Selbstbestimmungsgesetz einsetzen, das die Akzeptanz von trans* und nicht-binären Menschen in den Mittelpunkt stellt?

2. Niedersachsen stellt sich gegen Hasskriminalität und für Diskriminierungsschutz

Niedersachsen braucht ein Aktionsprogramm zur Bekämpfung von lsbtqi*-feindlicher Hasskriminalität. Es braucht hauptamtliche Ansprechpersonen bei der Landespolizei und den Staatsanwaltschaften. Niedrigschwellige Angebote für von Gewalt und Anfeindungen betroffene LSBTIQ* sollten aufgebaut und gestärkt werden. Darüber hinaus sollten Fachkräfte der Geflüchteten-Hilfe sowie die Mitarbeitenden in Verwaltungen und Unterkünften zum Thema „LSBTIQ* & Flucht“ sensibilisiert und fortgebildet werden. Auch in den Aufnahmeeinrichtungen muss die Landesregierung den Schutz vor Anfeindungen und LSBTIQ*-feindlicher Hasskriminalität gewährleisten.

- 2.1 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass in allen Polizeiinspektionen, sowie beim Landeskriminalamt, der Polizeiakademie sowie bei den Staatsanwaltschaften hauptamtliche Ansprechpersonen für LSBTIQ* eingerichtet sowie eine landesweite Meldestelle zu LSBTIQ*-feindlichen Straftaten anstoßen und niedrigschwellige Beratungsangebote für Betroffene geschaffen werden?
- 2.2 Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema lsbtqi*-feindliche Hassgewalt als verbindliches Thema in die Ausbildung von Polizisten*innen aufgenommen und prüfungsrelevant wird sowie in den Aufstiegsfortbildungen für den Leitungsbereich fest verankert wird?
- 2.3 Wie wollen Sie LSBTIQ*-Geflüchtete vor Hassgewalt und Anfeindungen in und um Unterkünfte schützen und dafür sorgen, dass Mitarbeitende in den Gemeinschaftsunterkünften und Beratungseinrichtungen zu den besonderen Bedarfen von und zum sensiblen Umgang mit LSBTIQ*-Geflüchteten fortlaufend geschult werden?

3. Respekt und Vielfalt in Schule und Bildungsarbeit

Sexuelle und geschlechtliche Vielfalt sind wichtige Bestandteile von Demokratie- und Menschenrechtsbildung an Kitas, Schulen und in der Erwachsenenbildung. LSBTIQ*-Lebensweisen und Identitäten sollten selbstverständlicher Bestandteil des Unterrichts werden. Rahmenlehrpläne sowie die pädagogischen Leitfäden sollten LSBTIQ*-inklusiv ausgestaltet werden. Politik und die Bildungsverwaltungen haben die Aufgabe, den Rahmen dafür schaffen, dass alle Kinder und Jugendlichen am Lern- und Lebensort Schule angstfrei und respektiert lernen und ihre Freizeit verbringen können.

- 3.1 Wie wollen Sie LSBTIQ*-Themen in die Rahmenlehrpläne, Richtlinien, Rahmenrichtlinien, Kerncurricula aller Schularten verankern und für eine fächerübergreifenden Thematisierung sorgen?
- 3.2 Welche Ideen haben Sie, um sicherzustellen, dass vielfaltsabbildende Unterrichtsmaterialien für Lehrkräfte und Erziehende im Vorschulbereich, sowie in der Sekundarstufe 1 und 2 angeboten werden?
- 3.3 Werden Sie dafür sorgen, dass das Thema „Geschlechtliche und sexuelle Vielfalt“ in die pädagogische Aus- und Fortbildung von Lehrkräften, Erziehenden und Sozialpädagog*innen Eingang findet und verpflichtende Seminare und Module regelmäßig angeboten werden?

- 3.4 Wie werden Sie die auskömmliche Finanzierung queerer Bildungsprojekte und -einrichtungen sicherstellen?

4. Regenbogenfamilien stärken – Familienvielfalt wertschätzen

Tausende Kinder wachsen derzeit in Deutschland in Familien mit mindestens einem lesbischen, schwulen, bisexuellen, trans*-, intergeschlechtlichen, queeren oder nicht-binären Elternteil auf. Eine moderne Familienpolitik sollte alle Menschen unterstützen, die Kindern in ihrem Leben einen Platz geben und ihnen helfen zu wachsen und sich gut zu entwickeln. Es gibt vielfältige Formen von Familie. Regenbogenfamilien gehören genauso dazu wie Mehrelternmodelle oder auch Alleinerziehende.

- 4.1 Was wollen Sie tun, um das Bewusstsein für einen sach- und zeitgemäßen Umgang mit Regenbogenfamilien in den Regelstrukturen der Familienhilfe oder des Familienalltags in Niedersachsen weiter zu fördern und zu verankern?
- 4.2 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass Kinder und Eltern in Regenbogenfamilien in Kindertagesstätten, Schulen und Verwaltungen berücksichtigt und akzeptiert werden?
- 4.3 Werden Sie sich im Bundesrat für eine Modernisierung des Familien- und Abstammungsrechts stark machen, um die Diskriminierung von Zwei-Mütter-Ursprungsfamilien zu beenden und Mehrelternfamilien, trans*, intergeschlechtlichen sowie nicht-binären Eltern rechtliche Anerkennung zu verschaffen?

5. Niedersachsen stärkt junge und ältere LSBTIQ*

Zwischen schulischen, familiären und gesellschaftlichen Anforderungen, Erwartungen und Abhängigkeiten haben Jugendliche besondere Herausforderungen und Konflikte zu meistern. In dieser Phase fällt für LSBTIQ* zumeist ihr Coming-out. Ihre Lebenssituation wird daher zusätzlich durch den gesellschaftlichen, schulischen und elterlichen Umgang mit sexueller und geschlechtlicher Vielfalt geprägt. Das Recht auf ein angstfreies und offenes Leben muss in allen Lebensphasen verwirklicht werden. Aufklärungs- und Beratungsangebote stärken lesbische, schwule, bisexuelle, trans*, intergeschlechtliche, queere und nicht-binäre Jugendliche im Coming-out. Ähnliches gilt für die Gruppe der älteren LSBTIQ*.

Einschränkungen von Mobilität und Gesundheit führen zu Verlust von Autonomie und sozialen Kontakten, der für LSBTIQ* massive Auswirkungen hat. Sowohl die Angebote der offenen Altenhilfe als auch die ambulanten und stationären Angebote sind zumeist nicht für die Bedürfnisse und Lebenslagen älterer LSBTIQ* ausgerichtet. Das Recht auf ein angstfreies und offenes Leben sollte in allen Lebensphasen verwirklicht werden.

- 5.1 Wie werden Sie Jugendliche und junge Erwachsene im Coming-out unterstützen und die Regelstrukturen der Kinder- und Jugendhilfe sowie -arbeit in diesem Bereich professionalisieren?
- 5.2 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass die Mitarbeitenden in den Einrichtungen der Altenhilfe und -pflege bereits in ihrer Ausbildung verbindliche Ausbildungsmodule zum Thema „sexuelle und geschlechtliche Vielfalt im Alter“ durchlaufen und die Sensibilität der Fach-, Hilfs- und Verwaltungskräfte erhöht wird?
- 5.3 Wie würden Sie zukünftig Modellprojekte unterstützen, die zielgruppenspezifische Wohngemeinschaften für alte und pflegebedürftige LSBTIQ* in Niedersachsen etablieren wollen?

6. Regenbogenkompetenz im Sport erhöhen

Der Sport muss allen offenstehen, alle Menschen sollten angst- und diskriminierungsfrei Sport treiben und teilhaben können, das gilt auch in Niedersachsen. Im Breiten- wie im Spitzensport brauchen wir eine Kultur des Respekts. LSBTIQ*-Menschen machen aber auch in Vereinen des Breitensports immer noch diskriminierende Erfahrungen. Mit der „Bremer Erklärung“ haben die Sportminister*innen der Länder deutlich gemacht, dass die Teilhabe am Sport allen Menschen gleichermaßen offenstehen muss. Gleichermaßen forderten sie von den Einrichtungen und Trägern im Sport, die Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung und der geschlechtlichen Identität aktiv in ihre Antidiskriminierungsarbeit einzubeziehen.

- 6.1 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass das Thema „Akzeptanz von vielfältigen Lebensweisen und Identitäten“ auch in Sportvereinen, Landesfachverbänden, Kreis- und Stadtsportbünden sowie weitere Sportinstitutionen ankommt?
- 6.2 Werden Sie sich dafür einsetzen, dass das Niedersächsische Sportförderungsgesetz (NSportFG) LSBTIQ*-inklusiv ausgestaltetet, die Förderung der Akzeptanz von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt explizit benannt wird, sowie Maßnahmen, Kampagnen und Programme, die demokratie- und minderheitenfeindlichen Einstellungen im Sport entgegenwirken, gefördert werden?
- 6.3 Wie wollen Sie die den Beschluss der Sportminister*innenkonferenz „Bremer Erklärung zur sexuellen Vielfalt und geschlechtlichen Identität im Sport“ in Niedersachsen konkret umsetzen?

7. Geschlechter- und diversitätsgerechte Gesundheitsversorgung sicherstellen

Die historische und bis in die Gegenwart anhaltende Stigmatisierung und Pathologisierung von LSBTIQ*-Menschen fügt ihnen schweren Schaden zu. Psychiatrie und Medizin sowie alle im Gesundheitswesen tätigen Menschen, Organisationen und Institutionen müssen der Thematik vorurteilsfrei gegenüberstehen. Patient*innen und Behandlungssuchende im Gesundheitsbereich befürchten und erleben oft negative Reaktionen, wenn sie ihre sexuelle oder geschlechtliche Identität ansprechen müssen. Das beeinträchtigt die gesundheitliche Versorgung. In der Aus- und Fortbildung im Gesundheitswesen sind Themenbereiche wie gleichgeschlechtliche Lebensweisen, Trans- und Intergeschlechtlichkeit sowie die Auswirkungen von Homosexuellen- und Transfeindlichkeit generell stärker zu berücksichtigen.

- 7.1 Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um bei medizinischen Fach- und Hilfskräften auf eine Bewusstseinsbildung für die spezifischen Bedürfnisse von trans*- und intergeschlechtlichen Menschen bei der Gesundheitsversorgung hinzuwirken?
- 7.2 Wie wollen Sie dafür sorgen, dass der Bereich „kultursensibler Umgang mit LSBTIQ*-Klient*innen in Versorgung und Pflege“ in die Aus- und Weiterbildung von Mediziner*innen und Mitarbeitenden aus Pflege- und Gesundheitsbereichen verpflichtend integriert wird?
- 7.3 Welche Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die körpermedizinische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung für transgeschlechtliche Menschen zu verbessern, Versorgungslücken zu schließen, Zugangsbarrieren und Diskriminierung abzubauen?
- 7.4 Werden Sie sich für die auskömmliche Finanzierung und den Fortbestand von Beratungsangeboten im Bereich HIV/AIDS und anderen sexuell übertragbaren Krankheiten einsetzen?